



Mildbader Tagblatt

Enztalbote Mildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Ercheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.40 RM, bei ins Haus geliefert durch die Post bezogen im inländischen Bezugspreis monatlich 1.70 RM. — Einzelnummern 10 Pf. — Adressen: Enztalbote Pöcherle & Co., Wildbad, Oberrheinischer Gewerbezweig Wildbad. — Postfach 201 74.

Druck: Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad, Wilhelmstraße 88, Telefon 178. — Wohnung: Bismarckstraße 68.

Nummer 262

Februar 179

Donnerstag, den 7. November 1929

Februar 179

64. Jahrgang.

Der innenpolitische Kampf in Rußland

Man hat den innenpolitischen Kampf, der nunmehr in Sowjetrußland im Entstehen ist, kommen sehen. Es ist nicht ein Kampf gegen irgendwelche „zariistischen oder weißgardistischen Verschwörungen“, sondern um die Bauernfrage. Fünfundneunzig Prozent der Bevölkerung Rußlands besteht aus Bauern und Menschen, die mit der Landwirtschaft unmittelbar verbunden sind. Mit der Bauernfrage ist Moskau noch nie fertig geworden. Mit allen Mitteln der Unterstützung und der blutigsten Gewalt hat man es versucht, die Bauern, besonders die „Großbauern“ oder Kulaken — darunter versteht man im heutigen Rußland solche, die mindestens ein eigenes Pferd besitzen — für den Bolschewismus und das marxistische Wirtschaftsleben zu gewinnen, aber alle Versuche waren vergeblich. Aus zwei Gründen. Auch der russische Bauer hat ein instinktives Gefühl, daß das marxistische Wirtschaftssystem für die Landwirtschaft nicht paßt, weil es auf diesem Gebiet erzeugungshemmend ist und weil der Bauer von Natur freier Herr auf seiner Scholle sein will und sein muß, um dem Boden die höchstmöglichen Erträge abzurufen. Zum andern fühlt sich der zäh an seiner orthodoxen Kirche hängende russische Bauer abgestoßen durch den religionsfeindlichen Bolschewismus, die Zerstörung der Kirchen und Klöster, die ihm ein Heiligtum waren und sind. Damit ist dann auch die wesentliche Aufgabe der Sowjetregierung gescheitert: die ständigen Ernährungsschwierigkeiten des russischen Reichs durch Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung zu beseitigen. In Rußland, einem Land von ungeheuren Gebieten, fruchtbarsten Bodens, sterben heute Tausende jährlich den Hungertod, und in den großen Städten müssen heute noch die Scharen Hunderttausend täglich „Schlangen stehen“, um die lärglich auf jeden Kopf zugemessenen Nahrungsmittel für teures Geld in Empfang zu nehmen. Es ist damit schlimmer bestellt, als es bei uns in Deutschland in der schlimmsten Kriegsnot war. Dazu hat der Bolschewismus den Grundfehler gemacht, die für die Getreiderversorgung namentlich der Großstädte unentbehrlichen landwirtschaftlichen Großgüter zu zerstören und sie mit Kolonisten zu besetzen. Diese Kolonisten, meist den Großstädten entnommen, eigneten sich größtenteils nicht für landwirtschaftliche Betriebe und sind keine Bauern geworden, oder soweit sie sich den neuen Verhältnissen anpaßten, verhielten sie sich ablehnend gegen die bolschewistische Wirtschaftsweise. Auf jeden Fall steht die Erzeugung dieser Uckerstellen mengenmäßig und qualitativ entfernt in keinem Verhältnis mehr zu derjenigen der alten Großwäiter. Rußland, das früher eine bedeutende Getreideausfuhr hatte, muß heute aus Kanada und Argentinien Getreide einführen.

Seht, in der Zeit einer besonders auffälligen Getreideknappheit verliert man wieder mit äußerster strengem Vorgehen gegen die Bauern die landwirtschaftliche Erzeugung zu heben, aber das Ziel wird man schwerlich erreichen. Denn die Ursache der ständigen Krise liegt, wie gesagt, im System der bolschewistischen Zwangswirtschaft, die den Bauern das Interesse an der Förderung der Erzeugung nimmt und sie obendrein noch ungenügend mit den Erzeugnissen der Industrie versorgt, die sie für sich und für die Bestellung ihrer Acker brauchen.

Nach Berichten Moskauer Blätter hätten die russischen Bauern begonnen, vom passiven Widerstand zum Terror gegen den Terror überzugehen und „religiöse Sekten“ zum Kampf zu bilden. So wird aus Moskau gemeldet: In Rußland wurden 22 Führer und 500 Anhänger der rechtsigen Sekte der „Kreuzträger“ verhaftet. Sie sind angeklagt, Komplotte zur Wiedererrichtung der „Monarchie“ angezettelt zu haben. Man bringt die Sekte auch in Zusammenhang mit der Tätigkeit antisowjetischer Geheimbünde in der Ukraine. Diese Bünde sollen Brandstiftungen und Morde gegen Sowjetanhänger begehen, insbesondere gegen solche, die sich im Kampf gegen die Kulaken herportun. Die Mitglieder dieser Bünde sollen ganze Listen von Leuten, denen sie an Gut oder Leben wollen, schon eine Woche vor Begehung des Verbrechens öffentlich anhängen. So wurden in Bognesnowka anonyme Plakate angeschlagen: „Wir raten den folgenden Personen, ihre Häuser zu verlassen, die an allen vier Ecken brennen werden!“ (Es folgten die Namen und genauen Angaben.) Die Bünde sollen sogar gedroht haben, den Dorfsojwet und den Obmann der Genossenschaftskasse auf dem Scheiterhaufen zu verbrennen. In einer einzigen Nacht soll der Bund dreißig Gebäude einer Genossenschaft niedergebrannt haben.

Eine weitere Moskauer Meldung lautet: Die Behörden sehen mit eiserner Konsequenz ihren Feldzug zur Ausrottung der Gegenrevolution fort und haben am 3. November wiederum 12 Todesurteile gegen Feinde der proletarischen Bauern gefällt. Zu gleicher Zeit fährt die Regierungspresse fort, in bestigen Angriffen gegen die Bucharin-Anhänger die auf Versammlungen der kommunistischen Partei die Einstellung des Klassenkampfes gegen die Kulaken forderten.

Tagespiegel

Der Reichspräsident hat der Prinzessin Max von Baden zum Ableben ihres Gemahls telegraphisch seine herzlichste Teilnahme ausgesprochen. Auch der Reichskanzler hat im Namen der Reichsregierung ein Beileidstelegramm gesandt.

Beim Reichskanzler fand am Mittwoch nachmittag eine Besprechung der Führer der Reichsparteien statt. Wie verlautet, kam dabei der Streit über die Ehescheidungsreform, die frühere Einberufung des Reichstags, die vom Zentrum gewünschte Umbildung des Kabinetts u. a. zur Sprache.

Das endgültige Ergebnis des Volksbegehrens wird erst nach dem Zusammenfreten des Reichswahl Ausschusses am 21. November bekanntgegeben.

Der neugewählte badische Landtag ist am Mittwoch eröffnet worden.

Das englische Unterhaus hat den Regierungsantrag betr. Wiederaufnahme der Beziehungen mit Rußland mit 324 gegen 199 Stimmen angenommen, einen konservativen Gegenantrag Baldwin's abgelehnt.

Der Württ. Landtag hat beschlossen, daß die Ortsvorsteher künftig nicht mehr Schulheißer, sondern Bürgermeister zu nennen seien.

Zum badischen Landtagspräsidenten wurde zum siebentmalen Abg. Baumgartner (Zentr.), zum 1. Vizepräsidenten Abg. Maier-Heidelberg (Soz.), zum 2. Vizepräsidenten Abg. Dr. Waldeck (D. Vp.) gewählt.

Zu der Meldung, daß bei dem Flugzeugunglück in England ein Prinz zu Schaumburg-Clippe verkehrt worden sei, verlautet in Bückeburg, daß es sich um den Prinzen Eugen handelt.

Unter den zum Tod Verurteilten befinden sich sieben Kulaken aus Kasakstan, die ein Mitglied des Dorfsojwets ermordet hatten. Ferner erhielten die Todesstrafe drei Bewohner des Dorfes Branka bei Moskau, die 192 Gebäude auf dem Gelände der korporativen Farm in Brand gesteckt hatten. Schließlich wurden wegen ähnlicher Vergehen zwei Bauern aus Ufa in der Nähe von Minsk zum Tode verurteilt. Die Urteile wurden sofort vollstreckt.

Auf der Mitte November bevorstehenden Tagung der Zentralinstanzen der kommunistischen Partei werden allgemein außerordentlich scharfe und weitgehende Beschlüsse gegen die von Bucharin geführte sogenannte Rechtsopposition erwartet. Angesichts der vermehrten und ständig wachsenden Verpflegungsschwierigkeiten der Städte und gleichzeitig dem wachsenden, zum Teil sehr aktive Formen annehmenden Widerstande der Bauernschaft wächst die Agitation der Bucharin-Anhänger über einen notwendigen weichen Kurs gegen die Bauernschaft.

Prinz Max von Baden †

Konstanz, 6. Nov. Prinz Max von Baden ist heute früh 5.45 Uhr gestorben.

Mit Prinz Max von Baden ist eine Persönlichkeit dahingegangen, die seit dem Kriegsende viel geehrt und viel angefochten wurde. In früheren Jahren ist er, obgleich nach dem Tod des Prinzen Ludwig Thronerbe in Baden, nur wenig in der Öffentlichkeit hervorgetreten. Auch als Mitglied in der ersten Kammer (seit 1893) und als deren Präsident (1907) hat er sich am politischen Leben nicht mehr beteiligt, als es sein Amt verlangte. In der Kammer vertrat er einen auf streng religiöser Grundlage beruhenden gemäßigten Liberalismus. Es hat überrascht, als Prinz Max, man kann sagen in letzter Stunde, am 3. Oktober 1918 auf Vorschlag des ihm befreundeten Konrad Haushmann, damaligen Reichsstaatssekretärs, als Kanzler berufen wurde. Er hat die Verhältnisse nicht mehr zu meistern vermocht. Am 5. Oktober wurde jenes verhängnisvolle Telegramm an den amerikanischen Präsidenten Wilson gesandt, das diesen um die Friedensvermittlung bat. Die Verbündeten zogen die Angelegenheit bis zum 5. November hin — und dann war jede Vermittlung überflüssig geworden, obgleich die Lage an der Front sich gebessert hatte — denn schon zog die Wetterwolke des Umsturzes herauf. Prinz Max, der geglaubt hatte, durch die Abdankung des Kaisers Wilhelm II. die Lage neu regeln zu können, verzweifelte jetzt an der Möglichkeit und übergab am 10. November 1918 die Regierungsgewalt dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Friedrich Ebert als dem Vertreter der stärksten Reichstagspartei.

Auf seinen Abgang fällt allerdings ein Schatten, der ihm nie verzehret worden ist. Er veröffentlichte noch vor seinem Rücktritt eine Kundgebung, der Kaiser habe abgedankt. In Wahrheit war das nicht der

Fall, und im großen Hauptquartier war man von der Kundgebung aufs höchste überrascht, denn sie konnte nicht anders denn als eine Absehung des Kaisers durch die Regierung in Berlin ausgelegt werden. Prinz Max hat sich später in seinem Buch „Erinnerungen und Urkunden“ (1927) mit der Entschlußlosigkeit des Kaisers zu rechtfertigen versucht, da er sich weder zum Einmarsch in Berlin an der Spitze einer zuverlässigen Truppe noch zu der nach Ansicht des Prinzen Max unvermeidlichen Abdankung habe aufraffen können. Aber wie dem auch sei, mit einer bewußten Unwahrheit durfte, zumal in so kritischer Zeit, nicht Geschichte gemacht werden. Und es ist dies von Prinz Max, auch wenn er von seiner Umgebung zu dem Schritt gedrängt worden sein sollte, um so unverständlich, als er immer als ein Mann von tadelloser Ehrenhaftigkeit sich erwiesen hatte.

Nach seinem Rücktritt vom Kanzleramt zog er sich von der Politik vollständig zurück und lehnte auch hohe Ämter, die ihm von der Reichsregierung nach dem Umsturz angeboten wurden, ab. Er lebte seitdem auf seinem Gut Salem in der Nähe des Bodensees. Am 22. November 1918 verzichtete er mit Großherzog Friedrich II. für sich und seine Nachkommen auf den Thron in Baden.

Die Ueberführung der Leiche wird nach Salem, dem Wohnsitz des Prinzen, erfolgen. Die Beisehung findet voraussichtlich in der dortigen Familiengruft am Freitag statt. Zur Beisehung des Prinzen werden sämtliche Verwandte des Prinzen und seiner Gemahlin erwartet. Auch die frühere Großherzogin von Baden wird an den Beisehungsfestlichkeiten teilnehmen. Die Mutter der Prinzessin, die Herzogin von Cumberland, ist am Dienstag in Konstanz eingetroffen.

Prinz Max von Baden wurde am 10. Juli 1868 als Sohn des Prinzen Wilhelm, eines Bruders des Großherzogs Friedrich I. und der Prinzessin Marie Romanowitsch, Herzogin von Leuchtenberg geboren. Er studierte zusammen mit seinem Vetter, dem später in der Schweiz verunglückten Prinz Ludwig, in Heidelberg und Freiburg, trat dann in das Garde-Kürassierregiment in Berlin ein und wurde später Kommandeur des badischen Leibdragonerregiments. 1908 quittierte er den Militärdienst. Seiner Ehe mit Prinzessin Marie Luise, einer Tochter des 1923 verstorbenen Herzogs Ernst August von Cumberland, Schwester des Herzogs Ernst August von Braunschweig, des Schwiegersohns des Kaisers, entsprossen Prinzessin Marie Alexandra (geb. 1901), seit 1924 mit dem Prinzen Wolfgang von Hessen vermählt, und Prinz Berthold, geboren 1906.

Neue Nachrichten

Der Rechtsausschuß des Reichstags als Rumpiparlament

Berlin, 6. November. Im Rechtsausschuß des Reichstags stand die Reform über die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder zur Behandlung. Die Abg. v. Freitag-Loringhoven (Dil.) und Hanemann (Dil.) wiesen auf den allgemeinen Brauch hin, daß Ausschüsse nicht zu tagen pflegten, wenn eine große Partei (in diesem Fall das Zentrum) im Ausschuss nicht vertreten sei. Auch sei eine die Regierungskoalition sehr ins Wanken geraten zu sein, wenn eine große Regierungspartei, wie das Zentrum, plötzlich seine Mitarbeit einstelle. Der stellv. Vorsitzende Landsberg (Soz.) erwiderte, die Nichtteilnahme des Zentrums beruhe auf der Obstruktionsabsicht und es sei nicht Brauch im Reichstage, insofern Obstruktion einer Partei notwendige und dringende Arbeiten zu verzögern. Die Abgeordneten Hanemann und Strathmann (beide Dil.) beantragten hierauf, die Sitzungen des Rechtsausschusses solange zu vertagen, bis das Zentrum wieder teilnehme, weil das Ergebnis der Beratungen nun ja doch in der Luft hänge und wahrscheinlich später werde wieder umgestoßen werden müssen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) wandte sich gegen diesen Antrag. Das Zentrum werde sich schon wieder bald an der Beratung beteiligen. Der deutschnationale Antrag auf Vertagung wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen abgelehnt.

Ministerialrat Brandis (Reichsjustizministerium) begründete den Gesetzentwurf. Daß ein Kind, dessen Mutter in der Empfängniszeit mit mehreren Männern verkehrt habe, von keinem dieser Männer Gewährung von Unterhalt verlangen könne, sei eine nicht gerechtfertigte Härte für das Kind. Mangelhaft sei auch der gegenwärtige Rechtszustand hinsichtlich der ehekräftigen Gewalt, der Eheschließung und der Annahme an Kindesstatt. — § 1705 BGB. soll nach der Regierungsvorlage durch eine Vorchrift ersetzt werden, wonach das uneheliche Kind im Verhältnis zu der Mutter und zu den Verwandten der Mutter die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes haben soll.

Die Kommunisten beantragten, daß das uneheliche

sche Kind im Verhältnis zum Vater und zur Mutter und zu den Verwandten von Vater und Mutter die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes haben soll. — Die Sozialdemokraten schlossen sich diesem Antrag an. — Von Seiten der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei wurde darauf hingewiesen, daß mit der Annahme dieses Antrags grundsätzlich eine völlige rechtliche Gleichstellung des unehelichen Kindes mit dem ehelichen Kind erfolge. Hiernach würden die meisten Bestimmungen des vorliegenden Gesetzentwurfes überflüssig, denn wenn die unehelichen Kinder den ehelichen gleichgestellt würden, so gäbe es eben keinen Unterschied mehr.

Die Deutschnationalen hatten beschlossen, sich der Stimme zu enthalten, solange die Vertreter des Zentrums im Ausschuss nicht anwesend sind. Der Antrag hatte also Aussicht auf Annahme. — Die Sozialdemokraten beantragten nunmehr, daß über den kommunistischen Antrag erst abgestimmt werden solle, nachdem der Ausschuss über die übrigen Bestimmungen beschlossen habe. Der sozialdemokratische Antrag auf Vertagung der Abstimmung wurde mit 9 gegen 6 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. *Wolfsberger* Donnerstag.

Das Volksbegehren „Freiheitsgesetz“ verfassungsändernd?

Berlin, 6. November. In Kreisen der Reichsregierung wird erwogen, ob das Volksbegehren „Freiheitsgesetz“ nicht verfassungsändernd sei, so daß beim Volksentscheid für dessen Annahme zwei Drittel der Stimmberechtigten (der letzten Reichstagswahl), also rund 27 Millionen Stimmen statt der in der Verfassung bestimmten Ueberstreichung der Hälfte (rund 13,5 Mill.) nötig seien.

Der Weg, den das Volksbegehren noch zu gehen hat — es sei hier wiederholt — ist bekanntlich folgender: Wenn der Reichstag das Volksbegehren unverändert annimmt, was ausgeschlossen erscheint, dann ist ein Volksentscheid nicht mehr nötig. Wird es vom Reichstag abgelehnt, so findet eine allgemeine geheime Volksabstimmung, Volksentscheid genannt, statt.

Henderson über den österreichischen Verfassungsstreit

Wien, 6. November. Auf Ersuchen der Sozialdemokratie in Oesterreich brachten verschiedene Mitglieder der Arbeiterpartei im englischen Unterhaus Anfragen an die Regierung ein, ob sie Kenntnis habe von den Vorgängen beim Kampf um die Verfassungsänderung in Oesterreich; ob die österreichische Regierung eine bindende Erklärung abgegeben habe, daß sie entschlossen sei, die ungesetzlichen Organisationen in Oesterreich aufzulösen; ob die Oesterreich gewährte Völkerbundsanleihe (650 Millionen Kronen oder 390 Millionen Mark) und die britischen Interessen durch eine Störung der demokratischen Entwicklung in Oesterreich nicht gefährdet seien. Der englische Außenminister Henderson antwortete, das Scheitern der parlamentarischen Verhandlungen in Oesterreich über die Verfassungsänderung würde der britischen Regierung ernste Besorgnis verursachen, wenn der Versuch gemacht werden sollte, die Frage durch andere Mittel zu behandeln. Bezüglich der Völkerbundsanleihe, die auch von englischen Steuerzahlern gezeichnet worden sei, stehen auch britische Interessen auf dem Spiel.

Die ungewöhnliche Einmischung eines fremden Parlaments in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs wird nun von der ganzen bürgerlichen Presse Oesterreichs zurückgewiesen. So schreibt die christlich-soziale „Reichspost“: Staaten, die Friedensverträge so wenig beachten, daß sie statt abzurufen, sind zu Fragen über die „Abrüstung“ Oesterreichs nicht berechtigt. Die Frage über die Völkerbundsanleihe entspringt der Stimmungsmache gegen den österreichischen Kredit. Die Interessen der ausländischen Gläubiger sind in Oesterreich ebenso gut gewahrt wie in anderen europäischen Ländern, was leider der britische Minister des Auswärtigen zu sagen unterlassen hat. Die Frage nach den Vorstellungen bei der österreichischen Regierung hat Henderson nicht beantwortet. Sie wäre auch eine Einmischung in innere Angelegenheiten einer fremden

Macht gewesen. Die Mahnung wäre richtig an die Wiener sozialdemokratische Adresse zu richten gewesen.

Die „Wiener Neuesten Nachrichten“ sagen, es sei schwer begreiflich, daß sich Leute in der englischen Regierungspartei gefunden hätten, die zu diesen Hilfestellungen für die österreichische Sozialdemokratie bereit gewesen seien. In Oesterreich handle es sich um die Verhinderung der Aushöhlung des Staates von innen durch die Politik der österreichischen Sozialdemokratie, die Politik des 15. Juli 1927. Diese Aktion sei im allgemeinen österreichischen Interesse. Wenn Henderson darin eine „Bedrohung der europäischen Stabilität“ sehe, sehe er durch die österreichische rote Parteilinie. Die Sozialdemokratie sei vom Mac Donaldschen Evolutionsgedanken heute ebenso weit entfernt wie an jenem 15. Juli.

Die französische Regierungserklärung

Paris, 6. November. Ueber den Inhalt der Regierungserklärung schreibt „Echo de Paris“, das Ministerium Lardieu werde erklären, daß es die von Briand eingeleitete und verfolgte Friedens- und Annäherungspolitik weiter betreiben wolle, aber bedingt durch die Sicherheit Frankreichs und zwar sowohl hinsichtlich der Räumung des Rheinlandes, als auch der auf der Londoner Konferenz zu behandelnden Seeabrüstung.

Servierkurs

18. - 30. November. Tischdecken, Bedienen, Büßtdienst, Umgangformen, Gerüstung kalt, Platten, belegter Brote etc., Zubereitung kalt u. warm, Getränke usw. Prospekt durch Hotel-Pers. Argen, Langensargen, Bodensee

„Times“ über das Deutschum der Saarländer

London, 6. Nov. In einem Aufsatz des Sonderberichterstatters der „Times“ über das Saargebiet heißt es: „Wenn es tatsächlich im Jahre 1935 zu der vorgesehenen Abstimmung käme, würde eine große Mehrheit für den Wiederanschluß an Deutschland stimmen. Ich habe mit vielen Saarländern der verschiedenen Bevölkerungsschichten über diesen Punkt gesprochen. Ihre Haltung ist unabänderlich die gleiche. Sie sind Deutsche und sind stolz darauf. Ohne Rücksicht auf andere Erwägungen haben sie den dringenden Wunsch, wieder uneingeschränkt ihrem Vaterland anzugehören. Die starke Stimmung zugunsten Deutschlands wird es vermutlich in Frankreichs Interesse und im Interesse Europas als zweckmäßig erscheinen lassen, das Saargebiet ohne Volksabstimmung Deutschland zurückzugeben. Es bleibt daher nur noch die Frage eines Rücklaufs der Bergwerke an Deutschland und die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Saargebiet und Lothringen und Elsaß und vielleicht Luxemburg und die notwendige innere Anpassung zwischen Frankreich und Deutschland zu vollziehen.“

Bürgermeister Walker in Neuyork wiedergewählt

Neuyork, 6. November. Die Bürgermeisterwahlen haben den erwarteten Sieg des bisherigen Bürgermeisters, Jimmy Walker, ergeben. Abgegeben von den gegen Mitternacht noch ausstehenden 121 Wahlbezirken erhielt Walker rund 840 000, der Republikaner La Guardia 360 000, der Sozialist Thomas 167 000 und der frühere Polizeipräsident Enright 6000 Stimmen.

Württemberg

Stuttgart, 6. November.

Die Finanzlage der Stadt Stuttgart. Der Rechnungsabluß der Stadt Stuttgart für das Planjahr 1928 weist, wie der Schw. N. berichtet, bei 128 610 000 RM. Einnahmen und annähernd ebensoviele Ausgaben noch einen kleinen Ueberschuß auf, obwohl ursprünglich mit einem Ueberschuß von 1 1/2 Millionen gerechnet worden war und obwohl die Mehrausgaben für Straßenbauten, städtische Betriebe und Unternehmungen, Wohlfahrtspflege usw. die Höhe von 11—12 Millionen RM erreichten. Dieser günstige Rechnungsabluß ist hauptsächlich auf Mehreinnahmen bei den technischen Werken und den Steuern zurückzuführen.

In den Ruhestand. Stadtpfarrer D. Ernst an der Rathhauskirche ist aus gesundheitlichen Rücksichten auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt worden.

Stuttgart, 6. Nov. Die Verluste der Notenbank. In einer kleinen Anfrage an die Staatsregierung verlangen die Abgeordneten Winter und Ulrich (Soz.) Auskunft darüber, wie hoch neben dem gedeckten Kredit der Württ. Notenbank an die Gebr. Jöpprich der ungedeckte Wechselkredit gewesen bzw. wie hoch sich der Verlust der Bank, deren Aktienmehrheit im Besitz des Staats ist, belaufen und warum der Firma dieser ungedeckte Kredit noch in letzter Zeit eingeräumt worden sei, als sie von keiner anderen Bank mehr Kredit erhielt. Es soll ferner mitgeteilt werden, ob der Notenbank der buchnäßig neueste Geschäftsstand der Firma vor Gewährung der Kredite vorgelegt worden sei; nach dem Statut der Notenbank dürfen die Wechsel nicht über 3 Monate laufen und sollen drei, mindestens zwei notorisch gute Unterschriften tragen.

Das Vermögen der Stadt Stuttgart. Nach den Rechnungsergebnissen des Stadthaushalts bezifferte sich der Vermögensstand der Stadtgemeinde am 31. März 1929 auf rund 277 Millionen, während die Verbindlichkeiten und Rücklagen 105 Millionen betragen. Das reine Vermögen stellte sich auf 171 833 643 .M., das sind 2 071 713 .M. mehr als im Vorjahr. Der Wert der Güter und Baupläge beträgt allein 47,8 Millionen, der der Gebäude mit Grundfläche 41,7 Mill. Die Waldungen haben einen Wert von 9,4 Millionen. Größere Wertobjekte sind ferner das Gaswerk (16,2), das Elektrizitätswerk (32,2), das Wasserwerk (4,7), der Vieh- und Schlachthof (5,7), der Cannstatter Wasen (9,3 Mill.). Das Geldvermögen bezifferte sich auf 32 760 618 .M. Unter den Verbindlichkeiten machen Anleihen und Darlehen 68,4 Millionen aus.

Erste höhere Justizdienstprüfung. Das Staatsministerium und das Justizministerium haben Verordnungen erlassen, in denen neue Bestimmungen für die Erste höhere Justizdienstprüfung getroffen worden.

Bei der im Herbst d. J. vorgenommenen Prüfung für den mittleren Justizdienst sind 49 Kandidaten für Befähigung erklärt und zu Notariatspraktikanten bestellt worden.

Von der Technischen Hochschule. Der Staatspräsident hat die ordentliche Professur für Luftfahrtwesen an der Technischen Hochschule Stuttgart dem Professor Dr.-Ing. Georg Madelung an der Technischen Hochschule in Berlin übertragen.

Krankheitsstatistik. In der 43. Jahreswoche vom 20. bis 26. Oktober wurden in Württemberg folgende Fälle von gemeingefährlichen und sonstigen übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet: Diphtherie 36 (tödtlich 1), Kindbettfieber 3 (1), Lungen- und Kehlkopftuberkulose 13 (24), Scharlach 56 (—), Typhus 1 (1), Paratyphus 1 (—).

Verurteilte Spione. Wegen Betrags militärischer Geheimnisse hatten sich am 30. und 31. Oktober in nicht öffentlicher Verhandlung vor dem Straßengericht des Oberlandesgerichts der ledige Kaufmann H. von Wm und der ledige Chauffeur F. von Zürich zu verantworten. Sie haben sich im Frühjahr d. Js. vom französischen Spionagedienst gegen Bezahlung zur Auspöhlung der Reichswehr verwenden lassen und sind in Stuttgart auf frischer Tat festgenommen worden. H. hatte früher in der französischen Fremdenlegation gedient und sich dann in der Heimat wieder Betrügereien zuschulden kommen lassen. Beide Angeklagten wurden je wegen eines vollendeten Verbrechens des Betrags militärischer Geheimnisse verurteilt, und zwar H. unter Einrechnung einer wegen Rückfallbetruges verwirkten Gefängnisstrafe zu der Gesamtzuchthausstrafe von 3 Jahren 6 Monaten, F. zu der Zuchthausstrafe von 2 Jahren 2 Monaten, wobei je 5 Monate 14 Tage Untersuchungshaft zur Anrechnung kamen. Außerdem wurden beiden Verurteilten die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt. Der Wert des von den Franzosen erhaltenen Entgelts wurde für den Staat verfallen erklärt. Das Urteil ist rechtskräftig.

Abgelehnte Berufung. Professor Nonnenbruch, an den jüngst eine Berufung nach Stuttgart ergangen war, entschied sich für sein Verbleiben in Prag.

Jubiläumsvorlesung für Gastvorlesungen an der Technischen Hochschule. Geheimrat Professor Dr. Sombart aus Berlin wird im Wintersemester 1929/30 erstmalig folgende Gastvorlesungen abhalten, die für jedermann unentgeltlich und ohne jede Formalität zugänglich sind:

Adolf Stern, das Spezialgeschäft der großen Auswahl, der billigen Preise für Herren-, Jünglings- und Knaben-Konfektion. Bekleidung für den Wintersport. Wilhelmstr. 11.

Schicksale kommen vom Himmel

Roman von Christine Nuhland

18. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten)

Kein Morgengruß kam über ihre fest zusammengepreßten Rippen. Stumm, mit gesenkten Augen sah sie am Mittagstisch, die Speisen kaum berührend stumm verzehrten auch sie anderen ihre Mahlzeit, um dann ungelächelt wieder aufzustehen. Friedrich Lauterbach wie erkost, Christine mit würgenden Tränen im Halse.

Nur Hanni hatte sich mit spöttischem Lächeln eheulich satt gegessen.

„Ach, sie wußte genau, daß sie im Grunde genommen die Urheberin der bösen Laune der Mutter war und voll Reue und Erbarmen mit Christine kniffte sie diese heimlich in die Seite.“

„Bist du nur dumm! Mach dir doch bloß nichts draus.“

„Ach, die glückliche Hanni!“

Sie hatte ja keine Ahnung, wie Christines junges Herz unter dem verächtlichen Schweigen der Mutter litt.

„Ach, liebste Mutter,“ bettelte sie rührend, „sei doch wieder gut. Sprich auch mit Vater wieder. Er wird ja einsehen, daß du nur mein Bestes willst und ich selbst gehe ja so gern nach Klausal.“

Aber all das kindliche Flehen bewirkte nur ein stummes Schulterzucken der Mutter. Kein erbarmender Blick aus ihren Augen streifte Christine, bis endlich ihr harter Wille gelagte hatte.

Wohnten sich die Jünglinge erst einmal mit Hanni beschäffigen und das würde geschehen, sobald man ihnen die andere entrückte. Die Jugend vergeht ja so leicht.

In Christine aber waren in diesen für sie so qualvollen Tagen doch Zweifel über ihre Herkunft erwacht.

Das herabse, rechtshaberische Gebaren der Mutter drängte ihre feinfühligste Seele zu tieferem Nachdenken. Aber um alles in der Welt brachte sie es nicht fertig, dem geliebten Vater ihre Herzensnot merken zu lassen, oder gar ihn darüber zu befragen.

Da wären allein Tante Wolfram und Günther, die ihr helfen konnten. Zu ihnen flüchtete sie wenige Tage vor ihrer Abreise nach Klausal, um sich Gewißheit zu holen.

„Tante Anna,“ sagte sie vor ihr Kind und das Antlitz in ihrem Schoße bergend. Tränen preßten ihr die Kehle zusammen und die bange Frage wollte nicht über ihre Lippen. Endlich aber schaute sie auf und ihre forschenden, fiebernden Augen begegneten den mitleidigen von Günthers Mutter.

„Du mußt es ja wissen, Tante Anna, ob ich wirklich Lauterbachs richtiges Kind bin, ich glaube es nicht mehr. In mir klingt seit Wochen eine Stimme Tag und Nacht und eine heiße Sehnsucht ist in mir nach einem Mutterherzen. Sag' mir die Wahrheit, Tante!“

Erstüßert von dem leidenschaftlichen Gefühlsausbruch, den sie an Christine noch gar nicht kannte, nahm die Försterin sie in die Arme.

„Nein, mein Herz, du bist nicht Lauterbachs rechte Tochter. Aber frag' mich nicht, wessen Kind du bist, denn das weiß ich nicht. Niemand weiß es. Auch hat sich dein Pflegevater in den Gedanken hineingelegt, daß er wirklich dein Vater ist und deine Pflegemutter hat dich grenzenlos geliebt.“

Dem aufschluchzenden Mädchen das Haar aus der Stirn streichend, sagte Frau Anna: „Aber ein Himmelstind, ein Christkind bist du.“ Und leise erzählte sie ihr, wie Friedrich Lauterbach sie gerettet und in der Christnacht, ein seliger Mann, sie heimgetragen in seine Talmühle.

Da wurde Christine still.

„Ich weiß es ja, wußte es schon lange, ich wollte nur nicht daran glauben,“ sagte sie. „Denn ich habe ja meinen Vater so grenzenlos lieb. Nun aber muß ich von ihm gehen, muß meine geliebte Talmühle verlassen und werde nimmer mehr eine Heimat haben. Nun erst, da ich Gewißheit habe, verheißt ich meine Mutter ganz.“

Da erhien Günther, der schon lange lauschend hinter der Tür gestanden. Beschützend schloß er sie in seine Arme, wie er es so oft schon als Knabe getan, wenn ihr von irgendeiner Seite Gefahr drohte.

„Hier wird deine Heimat sein, hier im Forsthaus, wenn auch alle dich verlassen sollten, Christkindchen,“ sagte er weich, aber männlich bestimmt. „Nie und nimmer wirst du heimatlos sein, so lange ich lebe. Vergiß das nicht, kleine Christine, wenn dich Sehnsuchtsweh und Kengste quälen.“

Da küßte seine Mutter, daß ihr jüngster Sohn kein Knabe mehr war und daß Christine für ihn nicht mehr die Jugendgelpfein, sondern das Weib war, das er liebte. Christine aber hatte dieses Gelübnis des geliebten Freundes nie vergessen. Immer inniger und fester schloß ihre junge Seele sich an die seine.

5.

Länger als ein halbes Jahr befand sich Christine Lauterbach nun bereits in demselben Pensionat, in welchem Hanni ihre feinere Erziehung genossen, zu Klausal im Harz. Zwei Jahre sollte sie hier bleiben und während des ersten Jahres überhaupt nur einmal nach Hause kommen. So wünschte es die Mutter. Auch Hanni hätte nur einmal im Jahr Ferien gehabt. Die Wäscheausstattung für die Pensionatszeit war Christines Wäscheschrank entnommen. Sie war ja viel zu fein und vornehm für so einfache Verhältnisse, wie sie sich später einmal für das Mädchen gestalten würden.

In der Pension aber würde es einen guten Eindruck machen, daß die zweite Frau so anständig für das fremde Kind sorgte.

Das fremde Kind. — Ach ja, das fremde Kind, das verdunkelte in Frau Ottilians Augen die ganze schöne, sonnenschele Talmühle.

Nun war es fort. Nun erst war sie völlig Herrin im Haus und ihrem Manne eine freundliche, fürsorgliche Hausfrau, so daß der Talmüller sein Christkindchen nicht allzu sehr entbehrte.

Nur Hanni fühlte plötzlich, daß ihr die stille, sanfte Schwester sehr lieb geworden und eifrig erbedigte sie alles Schriftliche, was mit Christine zu erledigen war.

Fortsetzung folgt.

1. Theorie und Geschichte des Kapitalismus. Vorlesungen je 14tägig Donnerstags und Freitags, 8-10 Uhr abends, im großen Hörsaal des Neubaus Replerstraße. Beginn Donnerstag, den 7. November. 2. Kolloquium über nationalökonomische Grundbegriffe (zugleich Ergänzung zur obigen Vorlesung) 14tägig Samstags von 11-1 im Hörsaal 54 (Neubau). Beginn Samstag, den 9. November.

Weiterbildungslehrgang für Handwerker. Das Württ. Landesgewerbeamt hält im Benehmen mit der Handwerkskammer Stuttgart bei genügender Beteiligung vom 18. November bis 1. Dezember 1929 in Stuttgart einen dreiwöchigen Tagestkurs für Handwerker aller Berufsgruppen ab. Erste Woche: Kaufmännische und wirtschaftliche Betriebsführung im Handwerk. Zweite Woche: Kundenwerbung im Handwerk. Dritte Woche: Kaufmännische und wirtschaftliche Betriebsführung im Handwerk. Zugelassen zu dem Kurs werden Meister und Gehilfen sämtlicher Handwerkszweige. Lehrende müssen die Gesellenprüfung bestanden haben und mehrere Jahre praktische Tätigkeit als Geselle nachweisen können. Annahmen zum dem ganzen Kurs oder zu den einzelnen Kursteilen sind bis spätestens 15. November d. J. an das Sekretariat des Landesgewerbeamts in Stuttgart, Kangleistraße 19, II, oder an die Handwerkskammer Stuttgart einzureichen.

Landw. Hausfrauvereine. Am Montag und Dienstag fanden im „Stadigarten“ in Stuttgart Sitzungen des Landesverbandes der Landw. Hausfrauvereine Württembergs statt. Nach dem Geschäftsbericht von Frau Steiner umfaßt der Verband 15 000 Mitglieder. Der Rassenbericht von Frau Gerok vorgetragen, zeigt für das neue Geschäftsjahr einen erheblichen Abmangel auf, da die Aufgaben des Verbands wachsen. In jedem Ortsverein soll eine Beraterin für Geflügelzucht, Hauswirtschaft und Obst- und Gartenbau aufgestellt werden. Diplomlandwirt Teutschländer hielt einen Vortrag über den Stand der Eierverfälschung durch die württ. Eierzentrale. Etwa die Hälfte des Eierbedarfs werde zur Zeit noch vom Ausland bezogen. Es mache sich jetzt aber so etwas wie eine Gründerzeit von Eierfarmen bei uns bemerkbar, die die Gefahr der Ueberzeugung in absehbarer Zeit heraufbeschwören könne.

Die Drahtseilbahn zum Waldfriedhof ist immer noch nicht wieder in Betrieb gesetzt. Woran der Fehler liegt, wird von der Straßenbahnverwaltung nicht mitgeteilt.

Zusammenstöße im Straßenverkehr

Im Jahr 1928 wurden in Groß-Stuttgart 2357 Zusammenstöße zwischen Fahrzeugen aller Art polizeilich festgestellt, bei denen 15 Personen getötet und 707 verletzt wurden. Auf den Tag kommen somit 6 bis 7 Zusammenstöße. Zwischen Straßenbahnwagen gab es 21 Zusammenstöße (mit 17 Verletzten), zwischen Straßenbahn und Autos 200 (17 Verletzte, 1 Toiser), zwischen Straßenbahn und Motorrädern 27 (10 bzw. 1), zwischen Straßenbahn und Fahrrädern 8, mit sonstigen Fahrzeugen 34. Der weitaus größte Teil der Zusammenstöße entfällt auf Autos mit Autos, nämlich 849 (83 bzw. 2), Autos mit Motorrädern 392 (217 bzw. 5). Zwischen Autos und Radfahrern kamen 234 Zusammenstöße vor (186 Verletzte, 4 Tote), zwischen Kraftwagen und sonstigen Fahrzeugen 161, Motorrad gegen Motorrad 40 (32 bzw. 1), Motorrad gegen Radfahrer 101 (66 Verletzte), Fahrrad gegen Fahrrad 34 (10 Verletzte). Bei allen Zusammenstößen ist ein Fehler der einen Seite festzustellen gewesen, vielfach war Kopfsichtigkeit im Augenblick der Gefahr dabei.

Nach dem Bericht des bayerischen Revisionsvereins entsprechen die Kraftwagen vielfach nicht den Anforderungen des Verkehrs. Von 251 untersuchten Lastkraftwagen waren z. B. nur 5, von 131 untersuchten Personenkraftwagen nur 4 ganz einwandfrei. Von ersteren mußten 48, von letzteren 20 sofort aus dem Verkehr genommen werden.

Aus dem Lande

Zuffenhausen, 6. Nov. Eingemeindung nach Stuttgart. Der Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung für die Eingemeindung Zuffenhausens nach Stuttgart gestimmt. Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt bei Stimmhaltung der Sozialdemokraten. Nun wird noch die Bürgerschaft über die Frage abstimmen.

Ehlingen, 6. Nov. Die höhere Maschinenbauerschule wird im Winterhalbjahr 1929/30 von 421 Schülern besucht. Davon sind 401 Württemberger, 17 Angehörige anderer deutscher Länder und 3 Ausländer.

Heilbronn, 6. November. Leichenfindung. Gestern nachmittag wurde etwa 300 Meter oberhalb des Hochwasserschuttdammes beim Zugweg nach Bödingen die Leiche der 75 Jahre alten Witwe Karoline Böhner von Bödingen aus dem Neckar gezogen. Die Frau lebte seit der Infektion in dürftigen Verhältnissen.

Oetisheim, 6. Nov. Maulbronn, 6. Nov. Der älteste Steinmetz. Nach einer Erkundigung beim Zentralverband Deutscher Steinmetzgehilfen ist der 75 J. a. Steinmetzgehilfe Anstett von hier der älteste aktive Steinmetzgehilfe Deutschlands. Der täglich in den Burreischen Betrieb in Maulbronn fahrende Arbeits-Veteran ist gesundheitlich noch gut auf dem Damm.

Mergentheim, 6. Nov. Tödlich verunglückt. An Allerheiligen wurde Frau Diez in Neppau von einem Commerzdorfer Motorradfahrer, der in rascher Fahrt die Friedhofstraße überquerte, angefahren und an einen Straßenstein geschleudert, wo sie bewußtlos liegen blieb. Der Arzt stellte einen doppelten Armbruch, einen Beinbruch und schwere Kopfverletzungen fest. Die Frau ist nun ihren Verletzungen erlegen.

Schramberg, 6. Nov. Vor dem Zusammenstoß des Badischen und Württembergischen Schwarzwalddereins. Der Württ. Schwarzwalddereins hat auf Sonntag, den 10. November nach Stuttgart eine außerordentliche Hauptversammlung einberufen, um die Frage der Vereinigung der beiden Schwarzwalddereins zur endgültigen Entscheidung zu bringen. Der badische Schwarzwalddereins wird seine Entscheidung 14 Tage später ebenfalls in einer außerordentlichen Hauptversammlung treffen.

Leutkirch, 6. Nov. Hohes Alter. Daß das Allgäuer Alter nicht ungesund ist, beweist das hohe Alter, das zahlreiche Personen in unserer Stadt erreichen. Vier vollendeten dieses Jahr ihr 80. Lebensjahr, zwei sind 81 Jahre, eine 82 Jahre, drei 83 Jahre alt. Fünf Personen haben im Alter von 84, 85, 86, 87 und 89 Jahren.

Schneegeänge. Vorgestern überzog eine Egar Schneegänge unsere Stadt in östlicher Richtung. Es waren acht bis, die in Keilform gefaßt durch die Lüfte schwebten, ach alter Wetterregel verkündet ihr Erscheinen einen kalten Winter.

Waldsee, 6. Nov. Brand. Montag abend brach bei D. Rudolf in Englers Feuer aus, das das Wohn- und Wohnkonomiegebäude in kurzer Zeit in Asche legte. Die Fabrik konnte gerettet werden.

Kempertshofen, 6. Nov. Brand. In dem Anwesen des Landwirts Kesenheimer in Kempertshofen brach vormittags Feuer aus und sand in den Futtervorräten reichliche Nahrung. Das große Anwesen ist fast bis auf die Mauern abgebrannt. Das Mobiliar, das Vieh, Pferde usw. wurden gerettet.

Künzelsau, 6. Nov. Petri Heil. Max Bauer gelang es, bei der Kocherbrücke einen Hecht mit dem schönen Gewicht von 15 Pfund an der Angel zu fangen.

Göppingen, 6. Nov. Todesfall. Gestern nacht ist der Rektor a. D. Ludwig Stäbler im Alter von 75 Jahren gestorben.

Spalchingen, 6. Nov. In den Ruhestand. Der Staatspräsident hat den Oberregierungsrat i. W. Binder, Oberamtsverweser in Spalchingen, seinem Ansuchen entsprechend, in den Ruhestand versetzt.

Von der bayerischen Grenze, 6. November. Das Dintelscherbener Eisenbahnunglück. Das schwere Eisenbahnunglück im Bahnhof Dintelscherben am 31. Juli 1928, durch das 16 Personen getötet und 10 schwer und ungefähr 50 leicht verletzt wurden, wird im Laufe der nächsten Wochen das Strafgericht beschäftigen. Gegen 5 Personen, den Stellvertreter und 4 Angestellte des Bahnhüterhaltungsdienstes von Dintelscherben und Augsburg ist Anklage wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung sowie Verletzungen gegen die Verkehrsvorschriften erhoben. Die Verhandlung, die vor dem Schöffengericht Augsburg stattfindet, wird fünf Tage in Anspruch nehmen. Neben den Sachverständigen werden rund 20 Zeugen vernommen werden.

Vom bayerischen Allgäu, 6. November. Zu dem Bankzusammenbruch. Der Zusammenbruch des Bankhauses Sattler u. Jost in Lindenberg stellt sich immer mehr als eine große Gewissenlosigkeit seitens der Geschäftsinhaber heraus. Kommerzienrat Sattler, der Chef der Firma, ist „verreist“. Eine Menge kleiner Leute verlieren ihre Ersparnisse.

Zwei Einbrecher gefaßt. Zwei gefährliche Geldstränkter wurden an der österreichischen Grenze gefaßt. Es handelt sich um den Johann Richter und Hans Habwinger aus Wien, die vor einiger Zeit in St. Margarethen einen schweren Einbruch verübt hatten. Bei ihrer Festnahme stellte es sich heraus, daß die Beiden in der letzten Woche im Textilwerk in Gossau den Geldschrank aufbrechen wollten, sie wurden jedoch gefaßt und flüchteten.

Empfingen in Hohenz., 6. Nov. Rückkehr aus der Fremdenlegion. Nach ungefähr 10jährigem Aufenthalt in der französischen Fremdenlegion ist dieser Tage Josef Heet in seine Heimat zurückgekehrt.

Ämtliche Dienstaufsichten

Übertragen: Je eine Lehrstelle an der kath. Volksschule in Bessendorf, DL. Oberdorf, dem Lehrer Josef Kapp an der Lehrerbildungsanstalt in Rottweil; Eggert DL. Elmangen dem Hauptlehrer Merk in Dorfmerzingen DL. Aeresheim; Eichenhausen DL. Ravensburg dem Hauptlehrer Weich in Eichenhausen DL. Rottweil; Goppertmeier DL. Tettnang dem Lehrer Robert Köhler in Ehingen; Hausen a. d. E. DL. Gaildorf dem Lehrer Josef Fiegler in Rudmigsburg; Hochberg DL. Saulgau dem Hauptlehrer Bockler in Burmalingen DL. Tuttingen; Mögglingen DL. Gmünd dem Lehrer Emil Weber in Valen; Lautenhofen DL. Leutkirch dem Lehrer Alfons Kraus in Bieringen DL. Künzelsau; Unterföden DL. Valen dem Hauptlehrer Hermann in Unterfödingen DL. Elmangen und Böfingen DL. Elmangen dem Lehrer Alfons Schmid in Wert DL. Elmangen; je eine Oberlehrerstelle der Gruppe 8a bei dem Staatsrentamt Heilbronn dem Steuerpraktikanten Hill dasehst, Stuttgart dem Steuerpraktikanten Himpel dasehst und Tübingen dem Steuerpraktikanten Keim dasehst; die Pfarrei Fluorn, Def. Sulz, dem Pfarroverweser Wilhelm Martin in Feldrennach, Def. Neuenbürg.

Württembergischer Landtag

Gemeindeordnung

Stuttgart, 6. November.

Abg. Keil (Soz.) wies darauf hin, daß sich die Minister Dr. Bazille und Dr. Dehlinger für das Volksbegehren eingezeichnet haben. Sie hätten durch diese Handlung dazu beigetragen, die Befreiung deutschen Gebiets von fremder Besatzung zum mindesten verzögern. Er beantragte als erster Punkt auf die Tagesordnung zu setzen: „Erklärung der Württ. Regierung zum Verhalten der beiden Minister eventuell Stellungnahme des Landtags dazu“. Das Verhalten der beiden Minister habe das Ansehen des deutschen Volkes offensichtlich schwer geschädigt (Widerspruch rechts).

Abg. Dr. Ströbel widersprach den beiden Anträgen, was ihre Ablehnung zur Folge hatte. Sodann wurde in der dritten Lesung der Gemeindeordnung fortgefahren. Bei Artikel 36 (Zusammenlegung des Gemeinderats) wurde ein soz. Antrag auf Streichung der Bestimmung, wonach die Ortsgeistlichen an den Verhandlungen des Gemeinderats in seiner Eigenschaft als Ortsfürsorgebehörde teilnehmen, abgelehnt, dagegen ein Antrag Hausmann (Dem.) angenommen, wonach diese Teilnahme nur in Stuttgart nicht stattfinden soll.

Eine längere Aussprache verursachte ein Antrag des Abgeordneten Bauer (B.A.) zu Art. 45 (Wahllisten), wonach auch in Stuttgart das Panaschieren erlaubt sein soll. Der Antrag wurde unterliegt von den Abgeordneten

Hausmann (Dem.), Bausch (Chr. Volksd.), Hagel (B.A.), Rath (D.V.P.) und Dr. Wider (B.P.), während sich die Abg. Winkler (Soz.) und Wöhner (S.) dagegen aussprachen und der Abg. Dr. Kaim (Z.) den Antrag stellte, daß das Panaschieren in den großen Städten von mehr als 100 000 Einwohnern verboten sein soll. Dieser Antrag wurde angenommen, dagegen der Antrag Bauer mit 41 gegen 27 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Ein weiterer Antrag Bauer betr. Verteilung der Sitze auf die einzelnen Bewerber im Sinn der vollen Berücksichtigung des Kommunitären und Wegfall der Stellenwahl wurde mit 44 gegen 30 Stimmen abgelehnt, dagegen ein Antrag Kühle (Z.) angenommen, daß zum besoldeten Stadtrat wählbar ist, wer die Befähigung für den Staatsdienst besitzt oder eine akademische Schlussprüfung bestanden hat. Zum Schluß erneuerte Abg. Keil (S.) seine Anträge,

das Verhalten der beiden Minister Dr. Bazille und Dr. Dehlinger in der morgigen Sitzung zum Gegenstand der Beratung zu machen. Abg. Dr. Ströbel (B.P.) widersprach und erklärte, daß die beiden Minister als Privatpersonen von ihrem staatsbürgerlichen Recht Gebrauch gemacht haben. Der soz. Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Deutsche Volkspartei abgelehnt.

Lokales.

Wildbad, den 7. November 1929.

Sanitätskolonne. Auf die heute abend 5 Uhr im Rathausaal stattfindende Besprechung zwecks Bildung einer Sanitätskolonne sei auch an dieser Stelle aufmerksam gemacht. Es wäre wünschenswert, wenn die Beteiligung insbesondere von Seiten solcher Personen, die Lust und Liebe zu tätiger Mitarbeit bei einer Sanitätskolonne haben, eine recht rege würde, damit die Bildung heute vorgenommen werden könnte.

Anerkannte Not der Kriegsoffer durch den Kriegsbeschädigten-Ausschuß des Reichstages. Der Kriegsbeschädigten-Ausschuß des Reichstages, der auf Drängen des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten zu der Finanznot im Haushalt für Versorgung und Ruhegehälter Stellung nahm, hat sich am Montag, den 28. Oktober 1929, mit den Sparmaßnahmen im Reichshaushalt für Versorgung und Ruhegehälter beschäftigt. Wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten hierzu mitteilt, hat der Regierungsovertreter im Kriegsbeschädigten-Ausschuß erklärt, daß man im übernächsten Etat statt mit 761 000 mit 814 000 rentenberechtigten Beschädigten rechnen müsse. Das Reichsarbeitsministerium sei der Meinung, daß nur ein Nachtragsetat mit neuen Bewilligungen dem Uebelstand abhelfen könne, daß aus der Steigerung der Zahl der Versorgungsberechtigten Einschränkungsmaßnahmen eintreten müßten. In der Aussprache wurde dagegen Einspruch erhoben, daß rechtlich feststehende Ansprüche der Kriegsbeschädigten durch die Einschränkungsmaßnahmen nur mit größten Verzögerungen erfüllt werden könnten. Jedenfalls hat sich das Reichsarbeitsministerium im Benehmen mit dem Reichsfinanzministerium dahin geäußert, daß eine Nachforderung von 40 auf 50 Millionen Am. erforderlich sei, um den gesetzlichen Ansprüchen der Kriegsbeschädigten Rechnung zu tragen. Der Kriegsbeschädigten-Ausschuß des Reichstages hat daraufhin gegen die Stimmen der Kommunisten eine Entschließung angenommen, in der er mit Befriedigung von der Erklärung der Regierung Kenntnis nimmt, daß die Versorgungsbehörden nunmehr in die Lage gesetzt werden, alle rechtlichen Verpflichtungen — auch auf dem Gebiete der Kapitalabfindung — zu erfüllen. Der Ausschuß gibt der Erwartung Ausdruck, daß der Nachtragsetat Gewähr bietet, daß die Versorgung im bisherigen Umfang aufrecht erhalten wird, ein Abbau also nicht stattfindet. Es ist also damit zu rechnen, daß die bisher von den Versorgungsbehörden wegen Mangel an Mitteln zurückgestellten Zahlungen in nächster Zeit geleistet werden und daß auch bewilligte Kapitalabfindungen zur Auszahlung kommen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Ein deutsches Flugzeug in England abgestürzt

6 Tote, 2 Schwerverletzte

Ein deutsches Hansa-Verkehrsflugzeug, große Junkersmaschine Typ B. 24, das am Mittwoch vormittag 9.44 Uhr den Flugplatz Croydon bei London mit der Bestimmung Amsterdam—Berlin verlassen hatte, ist bei der Ortschaft Martdon, Graffshott Kent, brennend abgestürzt. An Bord befanden sich vier Mann Besatzung und vier Fahrgäste. Von den Insassen waren sechs sofort tot, zwei, Prinz Ernst zu Schaumburg-Lippe und Kapitänleutnant Gienkstone, erlitten schwere Verletzungen, namentlich Brandwunden. Die Verletzten wurden in das in der Nähe gelegene Haus des Arztes Greig gebracht.

Man führt das Unglück darauf zurück, daß die Maschine im Nebel gegen einen Berg oder ein anderes Hindernis angeflogen und hierdurch in Brand geraten ist. Aus demselben Grund ist bekanntlich vor längerer Zeit ein Hansa-Flugzeug zwischen Hannover und Berlin verunglückt.

Prinz Lippe war vor einigen Tagen als Vertreter der Firma Benz-Mercedes nach London gekommen. Bei seiner Rettung war er zunächst bei vollem Bewußtsein, er liegt jetzt aber bestunntungslos darnieder. Unter den Toten befinden sich der bekannte Flugkapitän Bruno Rodschuka und der Junker Niklas.

Das Eisenbahnunglück bei Siegelisdorf

Der Oberstaatsanwalt gegen die Reichsbahn

Fürth, 6. Nov. Im Verlauf der Verhandlung des Prozesses über das Eisenbahnunglück bei Siegelisdorf in Bayern lehnte, wie der „Vorwärts“ berichtet, der Oberstaatsanwalt sämtliche Reichsbahnbeamte als Sachverständige mit der Begründung ab, die Reichsbahn-Gesellschaft bzw. die Reichsbahndirektion Nürnberg, habe der Staatsanwaltschaft und der Polizei gegenüber nicht nur passive Resistenz geübt, sondern den beiden Behörden Schwermü-

Gefahrlos ist zum Spiel der Boden

wenn Sie ihn mit dem Farbbohnwachs LOBA-Beize behandelt haben.

Das Holz wird glatt und glänzend, alle Unebenheiten mitsamt Rissen und Splintern verschwinden und der Boden strahlt im farbigen, parkettartigen Glanz. Aber nur ein Farbbohnwachs bringt das zuwege, die

LOBA die wasserechte Beize



fallen jeder Art bereit. Es seien von ihnen über den Verlauf des Unfalls ein Reihe von Veröffentlichungen gemacht worden, die mindestens als objektiv unrichtig bezeichnet werden müssen. Die beiden Verteidiger wandten sich entschieden gegen den Antrag des Staatsanwalts und die darin erhobenen schweren Angriffe gegen die Reichsbahngesellschaft und deren Beamte. Verschiedene Kriminalbeamte bestätigten als Zeugen die Behauptung des Staatsanwalts. Das Gericht lehnte den Antrag des Oberstaatsanwalts ab, weil er in allen Teilen als unbegründet erscheine.

Feldzeugmeister Galgohy gestorben. Am Dienstag ist in Wien Feldzeugmeister Galgohy im 93. Lebensjahr gestorben. Mit ihm ist der älteste Offizier des alten österreichischen Heers dahingegangen. Galgohy, der zur Zeit des Krimkriegs Leutnant wurde, erfreute sich in Oesterreich einer ungemeinen Volkstümlichkeit ähnlich der, die der alte Brangel in früheren Jahren in Deutschland genoss.

Der Prinz von Wales, Kronprinz von England, wird am 3. Januar die im Herbst 1928 wegen der Krankheit des Königs Georg unterbrochene afrikanische Reise wieder aufnehmen, da die Ärzte keine Beforgnis mehr um das Befinden des Königs haben. Der König ist am 4. November von seinem Erholungsaufenthalt in Sandringham nach London zurückgekehrt. Der Prinz von Wales wird Anfang April wieder in England sein. Sechs Wochen der Reisen sind für Jagden vorgesehen.

Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Graf Stolberg. Die Beschlußkammer des Landgerichts in Hirschberg (Schl.) hat das Hauptverfahren gegen Graf Christian zu Stolberg-Bernigerode wegen fahrlässiger Tötung eröffnet. Die Hauptverhandlung vor dem Erweiterten Schöffengericht wird voraussichtlich Anfangs Dezember stattfinden.

Ein zweiter Untersuchungsrichter in der Skarek-Angelegenheit. Da Landgerichtsrat Dr. Rosemann mit seinen Arbeiten vollkommen beschäftigt ist, steht die Ernennung eines zweiten Untersuchungsrichters bevor, der die Anklage „Bestechung“ bearbeiten soll.

Oberbürgermeister Böß veröffentlicht durch das städtische Nachrichtenamt eine Erklärung, die darauf hinausläuft, er habe von nichts gewußt. Der Pelzlauf sei allerdings eine Unvorsichtigkeit gewesen.

Wieder ein Millionenbetrug in Berlin. Der Tuchgroßhändler Müller in der Kaiser-Wilhelmstraße in Berlin ist mit Hinterlassung von Schulden, die in die Millionen gehen, geflüchtet.

Die Schranke vorzeitig geöffnet. Ein Personenaufzug vom Güterzug erfaßt. Ein mit 5 Personen besetzter Vorrader Kraftwagen wartete am Bahnübergang Efringen-Rüden vor der geschlossenen Schranke auf die Durchfahrt des Kurzugs. Als die Schranke wieder geöffnet wurde und das Auto gerade die Gleise überfahren wollte, kam aus der entgegengesetzten Richtung ein Güterzug heran. Das Auto wurde von dem Güterzug erfaßt. Fünf Insassen wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Ein Briefmarkenhändler ausgeraubt. Einem Briefmarkenhändler, der geschäftlich abwesend war, wurde aus seinem Hotel in Berlin eine Briefmarkensammlung von ungewöhnlichem Wert gestohlen. Eine sofort eingeleitete Streife führte in einem kleinen Gasthof zur Verhaftung des stehbrieflich verfolgten tschechoslowakischen Kellners Hrdy. Bei der Durchsuchung seines Zimmers wurde in einer Ofenröhre ein Margarinekarton gefunden, der mit den gestohlenen Briefmarken gefüllt war.

Verwegener Raubüberfall auf ein Juweliergeschäft. In München-Madbach (Rheinproving) fuhr abends gegen 8 Uhr ein Motorrad vor einem Juweliergeschäft vor. Der Mitfahrer stieg, während der Motor der Maschine weiterlief, ab und zerhieb mit einem Hammer die große Scheibe. Hierbei floh der Hammer in die Auslagen hinein, so daß der Räuber ihn nicht mehr erreichen konnte. Inzwischen waren Straßenpassanten auf den Vorfall aufmerksam geworden. Der Motorradfahrer hielt sie mit seinem Revolver in Schach, während sein Helfershelfer mit einer Aktentasche die Scheibe vollends zerhieb und in die Tasche etwa 30 Brillantringe einpackte. In der einen Hand die Beute, in der anderen die schußbereite Waffe, gefolgt er wieder zum Motorrad und fuhr mit seinem Genossen unter Schreidrüsen auf die Verfolger davon. Die Verbrecher stehen im Alter von 21 und 27 Jahren.

Großfeuer. In Berlin-Moabit ist eine Fabrik der Ludwig-Löwe-Werke mit 2400 Quadratmeter Grundfläche vollständig niedergebrannt.

Palastbrand. In Budapest ist der sechs Stock hohe Palast auf dem König-Karl-Ring, in dem sich früher der Klub der Tisza-Partei befand, größtenteils ausgebrannt.

Sport

Die Junkers-Riesenmaschine G. 38 startete am Mittwoch nachmittags 3 Uhr unter Führung des Piloten Zimmermann zu ihrem ersten Flug, der eine halbe Stunde dauerte und glatt verlief.

Der bekannte Hecce-Reiter Herr v. Bode, der am 2. Nov. mit Baumgärtners „Bandola“ im Parforce-Jagdrennen in Karlsdorf seinen 204. Sieg und den Ehrenpreis von 20 000 Mark errang, nimmt vom Rennreiten Abschied und wird sich nur noch dem Einüben der Rennpferde widmen.

Die beste deutsche Turnierreiterin ist Frau Kathe Frank-Berlin.

Das beste deutsche Rennpferd des Jahres 1929 ist der „Graf Helani“, der das Derby, den Hanjapreis, den Großen Preis von Köln, das „Saint Roger“ und das Gladiatoren-Rennen gewann. Das Pferd brachte in diesem Jahr seinem Besitzer 221 150 Mark ein.

Als das beste deutsche Hindernispferd ist Baumgärtners „Bandola“ anerkannt.

Handel und Verkehr

Befriedigender Wintersaatenstand im Reich

Durch die im Oktober eingetretenen Regenfälle ist die Weiterführung der Feldarbeiten allgemein begünstigt worden. Die Fruchtternte ist, wie das Statistische Reichsamt mitteilt, nahezu beendet, nur ein Teil der Rüben ist noch auf dem Feld. Die anfänglich verzögerte Ausaat von Wintergetreide macht gute Fortschritte und ist nunmehr bis auf einige Nachfruchtstücke durchgeführt. Die frühzeitig eingebrachten Saaten sind allenthalben schon aufgelaufen. Der Stand ist zumeist befriedigend. Soweit jetzt bereits eine Beurteilung der Wintersaaten möglich ist, ergibt sich im Reichsdurchschnitt unter Zugrundelegung der Zahlennoten 2 gleich gut, 3 gleich mittel und 4 gleich gering folgende Beugung: Winterweizen 2,7 (i. B. 2,5), Winterjagel 2,8 (2,5), Winterroggen 2,6 (2,6), Wintergerste 2,6 (2,6).

Berliner Dollarkurs, 6. Nov. 4,176 G., 4,184 B.

Di. Abf.-Anl. 49,75.

Di. Abf.-Anl. ohne Ausl. 9,70.

Berliner Geldmarkt, 6. Nov. Tagesgeld 7,75—10 o. h., Monatsgeld 8,5—10 o. h.

Privatdiskont: 6,875 o. h. kurz und lang.

Die Großhandelsmehrzahl im Monatsdurchschnitt Oktober 1929 ist gegenüber dem Vormonat um 0,7 o. h. auf 137,2 gestunken.

Die Ueberfremdung. Wie verlautet, schweben Verhandlungen über eine Beteiligung amerikanischer Motorenwerke an den Bayerischen Motorenwerken AG. (B.M.W.). Die Amerikaner sollen bereits im Besitz von Aktien der B.M.W. von hohem Betrag — man spricht von 5 Millionen Mark — sein. — Beide Seiten stellen (nach amerikanischer Lizenz) luftgekühlte Motoren her.

Ausbrutung des Toten Meers. In London ist eine Aktien-Gesellschaft mit 400 000 Pfd. Sterling unter dem Namen Palestine Potash Limited gegründet worden mit Aktien von 1 Pfd. und 1 Schilling. Die Aktien sollen vorläufig nicht öffentlich ausgegeben werden. Zweck der Gesellschaft ist die Ausbrutung des Toten Meers, sobald die in England bestellten Maschinen geliefert sein werden.

Umformung der Firma Gebr. Jöpprich-Mergelsteinen. Wie verlautet, soll unter Mitwirkung der Württ. Notenbank und einiger anderen Banken aus der Firma Jöpprich eine Aktiengesellschaft in der Weise gebildet werden, daß in die Neugründung auch die Bayerische Wolldedenfabrik AG. in Brudmühle und die Vereinigten Wolldedenfabriken in Calw, in deren Aufsichtsräten jene Banken vertreten sind, einbezogen werden. Auch eine Beteiligung des Hauptwarengläubigers der Firma Jöpprich, die Großhandlung H. Mainz u. Co. in Frankfurt a. M. ist vorgesehen.

Zusammenstoß der Leinwandspinnereien. Die Firmen Gruschwitz Textilwerke AG. (Neuss) a. O., Flachspinnerei H. C. Müller-Hirschfelde (Sachsen) und B. Hoogen u. Co. in Dülken (Rhd.) haben sich zu einer Leinwandspinnereivertriebsgesellschaft m. b. H. mit dem Sitz in Hamburg für gemeinsamen Vertrieb und gemeinsame Lagerhaltung zusammengeschlossen. Nur die Firma Duncan in Großschweidnitz in Sachsen steht noch außerhalb der Vereinigung.

Erhöhung der Bricketpreise. Der Reichskohlenkommissar hat der Erhöhung der Bricketpreise des Rhein. Braunkohlensyndikats um 1 Mark für die Tonne wegen der höheren Gesteungskosten, der Lohnerhöhung usw. zugestimmt.

Daimler-Benz entläßt 1000 Mann. Wie verlautet, sollen Ende dieser Woche 1000 Mann der Belegschaft von Daimler-Benz in Mannheim zur Entlassung kommen. Es soll jedoch damit zu rechnen sein, daß nach Ablauf von etwa sechs Wochen die Wiedereinstellung erfolgen kann.

10 000 rumänische Industriearbeiter für Frankreich. Nach einer von der „Humanität“ übernommenen Meldung der rumänischen Zeitung „Cuvantul“ hat das rumänische Arbeitsministerium mitgeteilt, daß Rumänien mit Frankreich einen Vertrag unterzeichnet hat, durch den Rumänien die Verpflichtung übernimmt, nach Frankreich 10 000 Industriearbeiter zu entsenden, die zum größten Teil in der Schwerindustrie beschäftigt werden sollen.

In der deutschen Schuhindustrie droht wegen eines in Berlin ausgebrochenen Streiks eine allgemeine Absperrung und Stilllegung von 90 Prozent aller Fabriken.

Zunahme der Arbeitslosigkeit. In der Zeit vom 28. Oktober bis 2. November ist die Zahl der Hauptempfänger in der Arbeitslosenunterstützung auf rund 865 000 gestiegen.

Konturje. Oberärztermeister Möbelfabrik in Oberfärthheim, Inhaber Sigmund Bender daselbst. — August Vämle, Kaufmann und Landwirt in Fischbach Dtl. Biberach. — Albert Braun, Inhaber eines Sand- und Kiwerkts in Redargüningen bei Ludwigsburg. — Comberg Gerlach, Leder- und Lederwarenfabrik in Asperg, Alleinhaber Fritz Comberg.

Stuttgarter Börse, 6. Nov. Auch heute konnte keine bessere Stimmung aufkommen; bei wenig lebhaftem Geschäft war die Tendenz uneinheitlich, eher schwächer, mit Ausnahme von Daimler, welche weiter anzuehen konnten. Rentenwerte gut gehalten. Deutsche Bank und Diskont-Gesellschaft, Filiale Stuttgart.

Berliner Getreidepreise, 6. Nov. Weizen märk. 22,20—22,30, Roggen 16—18,25, Braugerste 18,80—20,40, Futter- und Industriegetreide 16,70—18, Hafer 15,30—16,20, Weizenmehl 27—32,50, Roggenmehl 22—25, Weizenkleie 10—10,50, Roggenkleie 8,90—9,30.

Frankfurter Getreidebörse, 6. Nov. Weizen 25,10—26, Roggen 18,50, Braugerste 19,75, Hafer incl. 18,25—18,50, Mais Weizen 18,75—19, Weizenmehl, südd., Spez. 0 34,75—38,25, Weizenmehl niederrh. 37,75—38,25, Roggenmehl 26,75—27,50, Weizenkleie 9,75, Roggenkleie 10. Tendenz ruhig.

Magdeburger Zuckerbörse, 6. Nov. Innerhalb 10 Tagen 26,25, Nov.-Dez. 26,82 1/2.

Bremen, 6. Nov. Baumwolle Middl. Universal Standard loco 19,30.

Württ. Edelmetallpreise, 6. Nov. Feinsilber Grundpreis 69,40, dto. in Körnern 68,40 G., 69,40 B., Feingold 2800 G., 2814 B., Ausfuhrplatin 7,15 G., 8,15 B.

Märkte

Heilbronn, 6. Nov. Schlachtwiehmärkte. Zufuhr: 2 Ochsen, 9 Bullen, 30 Jungrinder, 12 Kühe, 88 Kälber, 242 Schweine. Preise: Ochsen a 50—52, Bullen a 48—50, b 45—47, Jungrinder a 53—55, b 48—51, Kühe a 30—35, b 24—26, Kälber a 80—82, b 74—76, Schweine a 88—90, b 83—85, c 74—77 Mark. Marktverlauf: mäßig belebt.

Nachpreise. Balingen: Zuchtorren 1210, Ochsen 740—1070, Anselinge 850—1280, trüchtige Kühe 490—620, Wurfstübe 210 bis 290, Kalbinnen 460—640, Jungvieh, einviertel- bis dreiviertel-jährig 160—260, einjährig bis eininhalbjährig 290—410 M. d. St. — Ebingen a. D.: Kühe 400—550, Kalben 450—650, Jungvieh 170—350 M. — Gingen a. Br.: Ein Paar Ochsen 1450, ein Paar Stiere 550—780, Kühe 420—650, Kalben 460—600, Jungvieh 170—390, Farren 200—450 M. — Gmünd: Farren 220—570, Stiere 320—480, Kühe 220—560, Rinder 215—601 M. — Langenau: Farren 557, Farrenkälber 170—245, Kühe 250 bis 700, Kalben 550, Jungrinder 140—260 M. — Pforzheim: Kühe 345—540, Kalbinnen 520—560, Jungrinder 227—327 M. Waldsee: Ochsen 400—500, Kühe 230—400, Kalben 500—600, Jungvieh 190—400 M.

Schweinepreise. Badnang: Milchschweine 40—52 Mark. — Balingen: Milchschweine 40—52. — Buchau a. J.: Milchschweine 47—60. — Ebingen: Ferkel 39—60, Häufer 110—140, Mutter-schweine 250—330. — Waldsee: Milchschweine 45—55 Mark. — Schweningen: Milchschweine 45 Mark.

Pforzheim, 6. November. Pferdemarkt. Auftrieb 124 Pferde, darunter 2 Fohlen. Preise: Schlachtpferde 40—100, Arbeitspferde 150—500, Pferde mittleren Schlags 600—900, schwere Pferde 1000—1400 Mark.

Pferdemarkt Geislingen, 6. Nov. Zufuhr 68 Pferde, davon 41 Händlerpferde; Verkauf 13 Stück. Die Preise bewegten sich zwischen 350—1900 Mark.

Fruchtpreise. Balingen: Weizen 12,50, Gerste 10, Haber 9. — Aulendorf: Gerste 9,40—10, Haber 8. — Mengen: Gerste 9,20 bis 9,40 Mark.

Allgäuer Butter- und Käsebörse Kempten, 6. Nov. Molkereibutter: 161—167; Verkauf: unverändert. Qualitätszuschlag nach Statistik der Vormoche 7,6 Pfennig. Weichtäfe 20 Proz Fettgehalt (grüne Ware) 37—40; Verkauf: unverändert. Allgäuer Emmentaler 45 Prozent Fettgehalt 92—112; Verkauf: unverändert.

Wetter für Freitag und Samstag

Die nördliche Depression macht sich allmählich stärker geltend. Für Freitag und Samstag ist unbeständiges, auch zu zeitweiligen Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

LUGER
Heute eingetroffen
frische
Brat-Schellfisch
" 35 Pf.
Kabeljau
" 58 Pf.
Schellfisch
" 58 Pf.
la. Fett-
Büchlinge
" 50 Pf.
5 Pf.-Riste 2.40
Feinste
Marinaden
Str.-Dose nur 1.00
5% Rabatt

**Erstklassiges fettes
Ruhfleisch** Pfd. 84 Pfg.
bei Hermann Schmid und Karl Krauß (bei der Schule)

„Man lasse seinen Körper in Ruhe
und glaube nicht, daß systematische Selbstbeobachtung nötig sei. Man habe den Mut, gesund zu sein! Dies ist zehnmal mehr wert als übertriebene Heil-, Übungs-, Ernährungs- und sonstige Systeme.“ — So schreibt Felix Reinhard in seiner Heilkunde für Alle. In jedes Haus gehört der stattliche Band in Lexikonformat, über 900 Seiten mit etwa 500 Bildern, indellos gedruckt und gebunden (30 M.). Er zeigt überall Weg und Mittel zur Heilung, doch so, daß durch das Lesen Hand nicht etwa aus der Heilkunde — Unheil wird. — Das Buch kann in den Buchhandlungen unverblüdt gepflegt werden. Ausführliche Prospekte mit Leseproben und Bildproben kostenlos in den Buchhandlungen und vom

VERLAG HERDER, FREIBURG IM BREISGAU

**Sämtliche Geschäfts-
u. Familien-Drucksachen**
liefert schnell und preiswert
die Druckerei des Wiltbacher Tagblatt.

Für den kaufmännischen Berufsstand

Kaufmännische Krankenkasse Halle (Saale)
Erfatzkasse V. V. a. G., Geschäftsstelle Pforzheim
beim Kaufm. Verein Pforzheim
Kaiserhof, 1. Stock

für Angestellte und Lehrlinge in kaufmännischen Betrieben
Selbständige Kaufleute und Gewerbetreibende
Privatbeamte — Techniker

Hochwertige Leistungen — Vorbildliche Familienversicherung
Keine Wartezeit mit Ausnahme für Selbständige und Wochenhilfe
Befreiung Versicherungsplattiger von der Mitgliedschaft bei der
Zwangskrankenkasse — Mäßige Beiträge — Kein Eintrittsgeld —
Eintritt jederzeit — Krankengeld bis zu 52 Wochen — Sterbegeld
Wochenhilfe — Heilmittel — Erholungsheim — Krankenhaus —
Freie Arztwahl unter circa 50 000 Ärzten — Zahnzuschuß auch bei
Goldarbeiten.

Ausführliche Auskunft durch Geschäftsstelle Pforzheim
Berlangen Sie Zusendung von Prospekten.

Pelze Mäntel
Besätze
Frauenkragen usw.
finden Sie in unerreicht großer Auswahl, bester Qualität,
in bekannt billigen Preisen
im Pforzheimer
Pelzspezialhaus A. & H. Hilb
Metzgerstraße 21
Umänderungen fachmännisch u. billig. Zahlungserleichterung gestattet.

W.V.W.
Morgen freitag
nachmittag 5 Uhr
bei Koll. Kohler zum
„Schwarzwaldhof“.

Schreibmaschinen
nebst Zubehör kaufen Sie billiger bei
GESCHW. FLUM
Buch- und Paplerhandlung.

3 Punkte
**Absatzmangel
schleppender
Geschäftsgang**
scharfe
Konkurrenz
verweisen
Sie auf die
**Zeitungs-
Anzeige**
im
„Tagblatt“